



Kruzifix-Aktion von Femen in Kiew

SERGEY DOLZHENKO / DPA

UKRAINE

Femens Präsident

Die Gerüchte über eine Instrumentalisierung der Aktionsgruppe Femen hören nicht auf: Angeblich sollen die Frauen lange unter dem Schutz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch gestanden haben. So verbreitet nun die Fernsehjournalistin Jaroslawa Koba, die sich vor fast zwei Jahren für einige Wochen in die Gruppe eingeschlichen hat, dass Femen auch aus dem Umfeld der Regierung finanziert worden sei – allerdings kann sie dafür keine Belege vorweisen. Für ihre Anschuldigung spricht, dass vor zwei Jahren Janukowitschs Stabschef den Produzenten einer populären Talkshow anrufen ließ, um die Frauen als Studio-gäste durchzusetzen. „Femen war innenpolitisch nützlich, um von den Problemen der Ukraine abzulenken“, sagt der Politologe Leonard Lewizki. Und

gegenüber dem Ausland hätten die Femen-Aktionen dem zunehmend autoritär regierten Land ein demokratisches Image verpasst. Erst nachdem Femen bei einer umstrittenen Aktion in Kiew ein Kruzifix demoliert hatte, soll der Präsident seine Unterstützung eingestellt haben. Femen-Mitgründerin Alexandra Schewtschenko, die inzwischen nach Paris geflohen ist, bezeichnet die Vorwürfe als „vollkommenen Unsinn“. Mehrere Aktivistinnen wurden jüngst von Unbekannten zusammengeschlagen – für Schewtschenko „ein Werk von Janukowitschs Geheimdienst“. Es scheint jedenfalls kein Zufall zu sein, dass die Vorwürfe gegen Femen gerade jetzt laut werden, nachdem sie beim Regierungschef in Ungnade gefallen sind. Als Reaktion darauf wollen die Frauen ihre Proteste in der Ukraine nun verstärken. „Und zwar gegen die Regierung und die Opposition“, so Schewtschenko. „Beide sind von mafiösen Gruppierungen unterwandert.“

EUROPA

Jeder kann mithören

Die EU schützt die Computer und Smartphones ihrer über 40 000 Bedienten nicht ausreichend gegen Spähattacken. Selbst Generaldirektoren und Generalsekretäre kommunizieren über Geräte, die nicht abhörsicher sind.

Grund für diese Nachlässigkeit ist vor allem fehlendes Geld; allein die Verschlüsselung für den Auswärtigen Dienst würde rund 50 Millionen Euro kosten. Seit Bekanntwerden der Spähaktionen durch den amerikanischen Geheimdienst NSA sind hochrangige Diplomaten besorgt über die Sicherheitslücken. Auch China steht im Verdacht, interne Vorgänge auszuspionieren. Die Kommission dementiert nicht,

dass Laptops und Smartphones der EU-Institutionen aus Geldmangel unverschlüsselt in Betrieb sind. Aber die IT-Infrastruktur und Informationssysteme seien dennoch durch eine Reihe von Maßnahmen wie Firewalls und abhörsichere Computerräume geschützt, heißt es in einer Stellungnahme. Es sei aber naiv zu glauben, dass durch eine generelle Verschlüsselung die Gefahr der Cyberspionage gebannt werden könne.

ÖSTERREICH

Akten für den Diktator

Gegen Österreichs früheren Regierungschef Alfred Gusenbauer wird ermittelt. Der Fall trägt das Aktenzeichen 4 St 21/13b, es geht um den Vorwurf nachrichtendienstlicher Tätigkeit zugunsten Kasachstans. Seit Jahren bemüht sich der Steppenstaat mit allen Mitteln, Rachat Alijew, den in Ungnade gefallenen Ex-Schwiegersohn von Alleinherrscher Nursultan Nasarbajew, aus seinem europäischen Exil zurück nach Kasachstan zu verfrachten, wo er 40 Jahre Haft absitzen müsste. Dabei wurde auf die Justiz in Österreich, wo Alijew sich jahrelang aufhielt, erheblicher Druck ausgeübt. Gusenbauer, der seit 2010 für ein fürstliches Honorar als Nasarbajew-Berater tätig ist, soll geholfen haben, Verschlussakten an die

Herrscher in Zentralasien zu übermitteln. Der Ex-Kanzler nennt diesen Verdacht „absurd“. Auch der ihm nahestehende Wiener Staranwalt Gabriel Lansky, gegen den gleichfalls ermittelt wird, bestreitet die Vorwürfe. Auf zwei in Luxemburg stehenden Servern

allerdings stellten die Behörden im August Daten sicher, mit deren Hilfe angebliche Lansky-Kontakte zum kasachischen Geheimdienst KNB nachgewiesen werden sollen. Gegen Lansky wird derzeit zudem wegen des Verdachts schwerer Nötigung ermittelt – diese Anschuldigung weist der Anwalt ebenfalls von sich. Massive Vorwürfe erhebt auch der nach Deutschland geflüchtete Dissident und Träger der Goethe-Medaille, Bolat Atabajew, in einem dem SPIEGEL vorliegenden Brief an Österreichs Regierungschef Werner Faymann: „Lobbyisten wie der ehemalige Bundeskanzler Gusenbauer und Rechtsanwalt Lansky“ trügen Mitschuld daran, dass der „Diktator“ Nasarbajew und sein Regime weiter foltern und morden könnten.



IAN EHM / PICTURE ALLIANCE / DPA

Ex-Kanzler Gusenbauer